

BANK OF ENGLAND

Prominente Geprellte

Zu den leidgeplagten EM.TV-Investoren gehört auch die Bank of England. Die altherwürdige Zentralbank des Königreiches hat im Juli vergangenen Jahres zehn Millionen Euro in einen so genannten Private Equity Fonds der Deutschen Bank investiert. Der Fonds mit dem Namen European Partners IV LP und einem Gesamtvolumen von 1,5 Milliarden Euro wiederum kaufte kurz darauf für rund 300 Millionen Euro 12,5 Prozent am Formel-1-Geschäft von Bernie Ecclestone – die er Anfang April dieses Jahres an EM.TV weiterverkaufte. Bezahlt wurde dabei nicht in bar, sondern in Aktien. Das EM.TV-Papier notierte damals bei etwa 90 Euro – was einem Gewinn von 63 Prozent



Bank of England (in London)

entsprach. Einziger Haken: Die Aktien durften drei Monate lang nicht verkauft werden. Anfang Juli aber kosteten die EM.TV-Aktien nur noch 64 Euro, und die Fondsmanager beschlossen, die Aktien zu halten. Doch die Papiere fielen weiter. Mittlerweile sind aus dem Buchgewinn dieses Geschäfts – Anfang April immerhin knapp 400 Millionen Mark – mehr als 500 Millionen Mark Verlust geworden. Entsprechend ihrem geringen Anteil am Fondsvermögen verliert die Bank of England etwa vier Millionen Mark. Schwacher Trost: Viele der über 50 Investoren haben weitaus mehr Geld versenkt, allen voran die Deutsche Bank knapp 150 Millionen Mark, gefolgt von

einem kuwaitischen Investor und einigen italienischen Versicherungen, die jeweils zweistellige Millionenbeträge abschreiben müssen. Die Bank of England wollte sich zu dem Vorgang nicht äußern. „Private Investitionen im Auftrag des Schatzmeisters“, so eine Sprecherin, „kommentieren wir nicht.“

POST

Böse Überraschung

Für Tausende Mitarbeiter der Deutschen Post AG wird das neue Jahr mit empfindlichen Lohnneinbußen beginnen. Das geht aus dem neuen Tarifvertrag und den konkreten Lohnlisten hervor, die in diesen Tagen an die Beschäftigten verschickt werden. Danach müssen rund 30 000 Mitarbeiter, die in die Kategorie „befristete Beschäftigungsverhältnisse“ fallen, Gehaltsabschläge von bis zu 28 Prozent hinnehmen. Den neuen Tarifvertrag hatte Post-Chef Klaus Zumwinkel mit der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) im Vorfeld des Börsengangs ausgehandelt; er sollte nur

für neue Bedienstete gelten, während die bisherigen Angestellten eine so genannte Besitzstandsgarantie erhielten. Wie sich nun herausstellt, fallen die rund 30 000 Beschäftigten, die ohnehin zu den Geringverdienern im Konzern gehören, nicht unter diese Regelung. Zahlreiche Betriebsräte wollen nun Protestaktionen starten. Dabei richtet sich ihr



Zumwinkel

Zorn auch gegen die eigene Gewerkschaft. Weil die meisten Kleinverdiener nicht organisiert seien, so der Vorwurf, habe die DPG sie bei den Verhandlungen mit Zumwinkel zu Gunsten eines erfolgreichen Börsengangs durch den Rost fallen lassen.



Protestierende Rentner

RENTE

Verbraucherschützer kritisieren Riester

Die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände (AGV) kritisiert massiv die Rentenpläne von Arbeitsminister Walter Riester. Dessen Reformentwurf mache „das Steuerrecht noch komplizierter und undurchschaubarer“ und führe zu einer „unangemessenen Bevorzugung von Besserverdienenden“, heißt es in der AGV-Stellungnahme zur Gesetzesanhörung diese Woche im Bundestag. Insbesondere beklagen die Verbraucherverbände, dass gut verdienende Ehepaare künftig bis zu 8000 Mark pro Jahr für ihre private Altersvorsorge von der Steuer absetzen können. Niedrigverdiener erhielten dagegen lediglich eine Zulage von maximal 600 Mark. Auch der Zeitplan für die Reform stößt bei den AGV-Experten auf Widerstand. Weil Riester die staatliche Förderung erst bis zum Jahr 2008 auf ihre volle Höhe steigern will, prognostizieren die Verbraucherschützer für viele Arbeitnehmer „Schwierigkeiten, eine ausreichend hohe private Zusatzsicherung im Alter zu erreichen“. Bessere Riester seinen Plan nicht deutlich nach, so die Stellungnahme, sei die Akzeptanz der gesamten Reform „in Gefahr“.